ROTE KOMMENTARE

8.4.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14

Druck: J. Noth

1. MAI 70: KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE oder KRAMPFTAG DES DGB

Die Alternative Kampftag oder Krampftag stimmt tatsächlich für den 1. Mai 70 noch nicht. Tatsächlich geht es mehr darum, einen ekelhaften undemokratischen Krampftag à la Sozialpartnerschaft zu bekämpfen als schon für einen Kampftag sich einzusetzen. Die Tatsache der Wirtschaftsrezession 66/67 und die Tatsache der spontanen Streiks im September 69 haben jedoch den Massen der Arbeiter und Angestellten wieder ins Gedächtnis geschrieben, daß die gesamte Arbeiterklasse um ihre Löhne und Gehälter kämpfen muß. Wenn sie das nicht tut oder sich davon abhalten läßt, dann zeigt der Kapitalismus eine unausrottbare Neigung, sie ins Hinterteffen geraten zu lassen.

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben dies auf ihre Weise gemerkt. Der Gewerkschaftsapparat fürchtet, durch die sogenannten wilden Streiks als Sozialpartner der Kapitalisten unglaubwürdig zu werden. Er fürchtet offensichtlich nicht, für seine Mitglieder zu wenig herausgeholt zu haben. Daß dies der Fall ist, haben die "Roten Kommentare" in der Ausgabe vom 20. 3. 70 festgehalten: Die Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen klafft zugunsten der Effektivlöhne seit 1962 ständig und beträchtlich auseinander. Der Anteil der Netto-Löhne und -Gehälter am Volkseinkommen ist seit 1950 knapp gesunken.

Wenn sich augenblicklich im DGB auf Funktionärsebene etwas regt, ist dies lediglich die Sorge um die Macht des Apparats und nicht die Sorge um die materiellen Interessen der Mitglieder. Wenn das anders wäre, hätte der DGB längst öffentlich Selbstkritik üben müssen und erklären müssen, daß sich Sozialpartnerschaft nicht auszahlt. Eine Reform des DGB, von der der DGB so viel Aufhebens macht, könnte nur darin bestehen, daß er aufhört, als Heckenschütze gegen aktive Kollegen vorzugehen, die im Betrieb sich mutig für die materiellen Interessen der Belegschaft einsetzen. (Beispiel ist der Ausschluß Bonno Schütters, des damaligen Betriebsratsvorsitzenden der Bremer Klöckner-Hütte durch die IG-Metall. Vgl. Rote Kommentare vom 30. 1. 70)

Auch im DGB Heidelberg regt sich in dem eben erwähnten Sinne etwas.

Dem DGB steckt noch der Auszug der ausländischen Arbeiter, der Gewerkschaftsjugend und der sozialistischen Studenten aus seiner Feierstunde am 1. Mai 1968 in den Knochen. Damals drohte der DGB Vorsitzende Emil Wegmann vor leeren Bänken, die Protestanten "auf den Mond zu schießen". Wie so vieles, was er versprochen hat, ist auch dies nicht eingetroffen. Am 1. Mai 69 war der DGB dann am Ende. Er wollte selbst den öffentlichen Zug vom Gewerkschaftshaus zur Stadthalle nicht mehr riskieren. Seine Schwäche wäre zu sehr bloßgestellt worden. Nur die DKP konnte damals den DGB wieder psychisch aufrichten. Es wurde doch demonstriert und statt der Arbeitermassen hatte die DKP-Jugend wenigstens eine seidenbestickte rote Fahne mitgebracht. Ansonsten blieb alles beim alten.

In diesem Jahr ist ein neuer DGB-Vorsitzender, Neumann, im Amt. Auch die Situation hat sich, wie eingangs geschildert, geändert. Aber wenn man glaubt, daß die Hauptsorgen Neumanns in Bezug auf den 1. Mai den schmalen Lohntüten der Arbeitnehmer, dem Hungergeld der Lehrlinge, dem gesteigerten Arbeitstempo, den steigenden Preisen usw. und der Selbstkritik des DGB gelten, hat man sich geirrt. Seine Hauptsorge galt auf einer Kreisversammlung von Betriebs- und Personalräten am 14. 3. 70 im "Schwanheimer Hof" in Eberbach in Bezug auf den 1. Mai einem angeblichen Bündnis von Sozialistischem Deutschen Studentenbund (SDS) und Deutscher Kommunistischer Partei (DKP) zwecks "Umfunktionierung des 1. Mai zu einem Kampftag der Arbeiterklasse". Neumann sagte also nicht, der DGB muß am 1. Mai die Miete für die Stadthalle dadurch rechtfertigen, daß er den Kollegen im Raum Heidelberg erklärt, welche kämpferischen Schritte zur Durchsetzung ihrer materiellen Interessen notwendig sind. Keineswegs sagte er dies. Seine Hauptsorge war das Bündnis von SDS und DKP. Ein anwesender Personalrat und Funktionär der

→

INHALT:

Nützliche Diplomaten- oder ungleicher Tausch

Wokan und Süßmuth saßen in einem Boot - Süßmuth ist schon ausgebootet

Belagerte Stadt: Hannover

Betriebsratswahlen im Max-Planck-Institut

DKP behob flugs die Hauptsorge Neumanns und distanzierte sich von den sozialistischen Studenten, obwohl diese zu diesem Zeitpunkt noch kaum an den 1. Mai des DGB gedacht hatten. In dieser Haltung des DKP- Funktionärs zeigt sich die Furcht dieser Partei, beim DGB anzuecken, obwohl sie immer nur den Undank des von SPD und CDU beherrschten DGB geerntet hat. Der Fehler der Gut-Wetter-Politik der DKP gegenüber dem DGB besteht darin, daß die Arbeiterklasse von Kommunisten das Gegenteil davon erwartet, sich beim DGB lieb Kind zu machen.

Inzwischen haben sich neue Hauptsorgen über dem Haupt des DGB zusammengezogen:

1) Die spanischen Arbeiter haben angesichts der Kämpfe der Arbeiterklasse in Spanien und angesichts ihrer Lage in Deutschland Rederecht auf der Maifeier des DGB verlangt.
2) Die Jungsozialisten haben in einem Brief an Neumann freie Diskussion am 1. Mai gefordert. Wie wir erfahren haben, ist diese Forderung von Betriebsräten der Firma Graubremse ihrerseits aufgestellt worden und IG-Metall-Linker Rudolf Bock mußte viel Freizeit opfern, um ihnen dies wieder auszureden.
3) Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) (sie ist praktisch die Jugendorganisation der DKP) und der SDS haben in einem gemeinsamen Brief an den DGB die Forderung der Spanier unterstützt.
4) Die DKP hat Neumann um einen Termin gebeten, um ihrerseits die Forderung nach Rederecht für die ausländischen Arbeiter zu unterstützen und sich allgemein über den 1. Mai mit dem DGB zu unterhalten.

Die Redaktion der Roten Kommentare sieht diese Entwicklung folgendermaßen: Alle diese Organisationen, die sich für einen politischen 1. Mai, der nicht bloß Gesangsstunde ist, einsetzen, haben kaum derzeit eine Basis in der Arbeiterklasse. Der SDS als Intellektuellenorganisation beansprucht dies auch gar nicht. Aber diese Anstrengungen in Richtung auf einen 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse können als Anzeichen dafür genommen werden, daß die Zeiten des ungestörten Absahnens des Mehrwerts durch das Kapital die längste Zeit gedauert haben, weil die abhängig arbeitenden Klassen mit ihrer "Geduld", ihrer Enttäuschung, ihrer Zersplitterung und Desorganisation Schluß machen werden.

Nützliche Diplomaten - oder ungleicher Tausch

Die Bildzeitung vom 1.4.70 ist entsetzt: "Deutscher Diplomat im Auto entführt", der"deutsche Botschafter - Vater von drei Kindern... auf dem Weg zur Botschaft von einer Gruppe Bewaffneter in seinem Wagen gekidnappt", "Serie von Entführungen in Südamerika reißt nicht ab". Warum diese Entführungen in Mittel- und Südamerika? Über die Hintergründe und Ursachen wird geschwiegen. Einige Tage später wird ein Interview mit dem Bruder des Botschafters Spreti wiedergegeben, in dem es lediglich heißt, die Entführer in Guatemala seien gegen die dortige Regierung. Warum sind sie gegen die dortige Regierung? Warum die Serie von Entführungen in Südamerika?

Nehmen wir Guatemala

Das Land hat etwa 4 Millionen Einwohner. Davon sind 70% nicht-wahlberechtigte Analphabeten. Eine 6-köpfige Familie hat durchschnittlich 40 DM Monatseinkommen. Einer UN-Statistik zufolge verfügen etwa 150 Besitzer über 98% des bebauten Bodens. (Alle Zahlen sind aus der Frankfurter Rundschau vom 4.3.70).

Geschichte: um in der jüngsten Vergangenheit zu bleiben: im Jahre 1952 hatte der damalige Staatschef, Jacobo Arbenz Guzman, versucht gemäßigte soziale und politische Reformen einzuleiten. In dem Dekret 900 bestimmte er, daß das unbebaute Land gegen Entschädigung enteignet und an 500 000 Bauern verteilt werden sollte. Davon war vor allem die allmächtige United Fruit Company betroffen, ein US-Konzern, der Guatemala faktisch auf dem Stand einer Kolonie hielt. Da Arbenz außerdem verlangte, daß der Jahresprofit der United Fruit Company von 70% nicht in Bostson/USA, sondern in Guatemala versteuert werden sollte, erklärte ihn der damalige US-Außenminister, der mit dem Konzern geschäftlich verbunden war, zum Kommunisten. Die USA stellten eine Invasions Armee unter dem Obristen Castillo Armas auf und ließen sie 1954 in Guatemala einmarschieren. Armas wurde Staatspräsident und machte alle Reformen seines Vorgängers rückgängig.

Seit 1960 gibt es wieder eine Befreiungsbewegung in Guatemala, deren Anführer Antonio Jon Susa ist, der zuvor von den Amerikanern selbst im Anti-Guerilla-Krieg ausgebildet worden war. Die Organisation nennt sich "Fuerzas Armadas Revolutionaras": Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte (FAR). 1964 entstand eine zweite Guerilla Organisation unter Führung des Studenten Cesar Montes. Seit der Ermordung Che Guevaras im Herbst 1967 operieren beide Organisationen gemeinsam. Ziel ihres Kampfes ist unter anderem die Vertreibung der dünnen guatemaltekischen Oberschicht (jene 150 Großgrundbesitzer) und Brechung der Herrschaft des US-Konzern United Fruit Comp. über ihr Land.

Inzwischen haben die Faschisten eine Geheim - Organisation gegründet, die die sozialistische Organisation erbittert bekämpft, und da sie kaum echter Guerilleros habhaft werden kann, wahllos alle umbringt, die die sozialen Verhältnisse des Landes kritisieren. So wurde vor einigen Jahren die damalige Miß Guatemala bestialisch von der faschistischen Organisation Mano ermordet, weil sie öffentlich ihre Sympathie mit den Guerilleros geäußert hatte.

Die Revolutionäre kämpfen also gegen zwei Seiten: gegen die faschistischen Geheimorganisationen und gegen die Regierungstruppen, die von US Militärattachees im Anti-Guerilla - Krieg ausgebildet werden. 1968 wurden zwei solcher US-Militärattachees von Revolutionären erschossen. In diesem Zusammenhang muß man die Tötung und Entführung ausländischer Militärexperten und Diplomaten in Südamerika und auch Guatemala sehen: Es werden dort nicht Diplomaten beliebiger Länder entführt, vielmehr sind es die Diplomaten kapitalistischer Länder (USA, Japan, BRD), die versteckt oder offen die Ausbeutung der Süd- und Mittelamerikanischen Länder betreiben. In diesen Ländern verbündet sich das Kapital mit einer dünnen Schicht von Großgrundbesitzern und wenigen reichen Familien. Diese kön-

nen ihre Herrschaft bloß mit brutaler Gewalt erhalten (s. Berichte über die Folterungen politischer Gefangener in Brasilien, Spiegel Nr. 51, Dez. 1969,). In diesen Ländern erzielen die kapitalistischen Unternehmen wie VW, Mercedes, BASF hohe Gewinne (im ersten Jahr ihrer "Niederlassung" schon bis zu 20% des investierten Kapitals) und zahlen den einheimischen Arbeitern Hungerlöhne.

Die Entführung kapitalistischer Lakaien zur Erzwingung der Freilassung von Guerilleros wendet das Prinzip des ungleichen Tausches gegen die imperialistischen Staaten selbst. Denn die Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder beruht hauptsächlich darauf, daß die imperialistischen Staaten, USA, BRD, usw, auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht sowohl die Preise ihrer eigenen Erzeugnisse, die sie in diese unterentwickelt gehaltenen Länder exportieren, als auch die Preise, die sie für deren Rohstoffe und Erzeugnisse zu zahlen gewillt sind, diktieren. Auf einer Sitzung der Organisation Amerikanischer Staaten drückte Che Guevara das so aus:
Die Lateinamerikanischen Staaten wollen von den USA keine Almosen, sondern sie wollen einen anständigen Preis für ihre Rohstoffe haben. Hier wird also ungleicher Tausch durch brutales Ausspielen wirtschaftlicher und militärischer Macht ständig erzwungen.

Die Entführer von Diplomaten kapitalistischer Länder wenden dieses Prinzip nun also gegen die Imperialisten selbst: Denn es ist klar, daß für die vereinigte Konterrevolution von Japan bis Argentinien ein polospielender Diplomat, ein "feinlebiges Fleisch", jederzeit auswechselbares Sprachrohr seiner Regierung, weniger Wert hat, als gefangene Guerilleros: denn die Guerilleros, wenn sie frei sind, bedrohen das Ausbeutungssystem, kapitalistische Diplomaten bekräftigen es.
Denn die Herren aus Fort Bragg (dort bildet die US-Armee Anti-Guerilla_Krieger aus) bis zum Pentagon und Bonn sind in einer Zwickmühle. Die Presse ihrer Länder schreibt, daß man das kostbare Leben der Diplomaten nicht gefährden dürfe. Und das darf man auch nicht, denn wer würde sonst noch Diplomat? Schließlich aber steht dahinter der Glaube an den hohen Wert des Lebens des weißen Mannes. Zugleich istdie "Unantastbarkeit" ihrer diplomatischen Vertreter für die kapitalistischen Staaten eine Prestigefrage. Das Prestige wiederum steht für die Erhaltung der wirtschaftlichen Macht: Sind ihre Diplomaten nicht mehr sicher, so sind bald auch ihre Ausbeutungsinstrumente, d.h. die Niederlassungen der kapitalistischen Firmen in der "dritten Welt" nicht mehr sicher. In den neo-kolonialen Kriegen ist das Menschenleben für die imperialistischen Befehlshaber nichts wert: siehe MY-Lai und die Berichte über Gefangenenerschießungen durch US-Soldaten in Vietnam - so erklärten vor kurzem US-Offiziere bei dem Prozeß gegen einen der Gefangenerschießung angeklagten US-Offizier, es sei in Vietnam allgemein üblich, Gefangene, die verdächtig seien, dem Vietcong anzugehören, zu erschiessen(FAZ 1,4.70) Da ist also ein Menschenleben nichts wert, der Verdacht genügt.
Das alles weiß die Bildzeitung sehr wohl. Aber sie schreibt nichts darüber. Es soll verhindert werden, daß die Arbeiter sich Gedanken machen über die Politik des Kapitals in Süd- und Mittelamerika und anderen Ländern der "Dritten Welt", nicht zuletzt aber in der BRD selbst. Darüber hinaus wird versucht die nationale Entrüstung anzuheizen. Das nationale Prestige soll zum Prestige jedes einzelnen werden. Es wird so getan, als seien die Interessen des Kapitals die Interessen jedes einzelnen Arbeiters. Die nationale Entrüstung aber bringt dem Arbeiter nichts.

Das Wohlergehen des Kapitals und seiner Botschafter aber bringt den Menschen in Lateinamerika jeden Tag Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung durch brutale Gewalt. Im Sinne der Befreiung von diesen unmenschlichen Bedingungen erhalten die Entführten kapitalistischen Diplomaten einen hohen Wert: ihr Leben steht gegen das Leben vieler gefangener Guerilleros, die in den Gefängnissen unter entsetzlichen Bedingungen dahinvegetieren, bei hohen Temperaturen und ohne ausreichende Nahrung, meistens von den Gefängnisknechten und der Geheimpolizei der herrschenden Cliquen zu Krüppeln gefoltert oder einfach ermordet, wenn sie unbequem werden.
Man läßt dann einfach eine kleine Gefängnismeuterei ausbrechen, bei der die gewünschten Gefangenen dann zufällig erschossen werden.

Sie zu befreien ist das unmittelbare Ziel solcher Entführungen. Eine solche Entführung ist Gegengewalt, Antwort auf die gewaltsame Ausbeutung durch die Konzerne des Kapitals.
Im Falle des deutschen Botschafters mißlang die Erzwingung der Befreiung guatemaltekischer Freiheitskämpfer: die einheimische Regierung ging auf die von den Guerilleros gestellten Bedingungen nicht ein. Weshalb sie das tat und auch konnte, können wir nur vermuten.
Ein Grund mag sein, daß der Regierung dort ein BRD-Diplomat nicht so viel wert ist wie etwa ein US - Diplomat. Denn die BRD ist in Guatemala nicht mit so großen Investitionen vertreten wie etwa in Brasilien. Dazu mögen innenpolitische Schwierigkeiten kommen: der liberale Staatschef Montenegro wird im Mai durch den neuen Staatspräsidenten Carlos Arana Osorio abgelöst. Arana, der versprochen hat, die Guerilleros "mit Stumpf und Stiel" auszurotten, kann auf Montenegro Druck ausgeübt haben, um schon jetzt seinen Gegnern auch nicht den Deut eines Sieges zuzugestehen, weil das deren Rückhalt in der BEvölkerung stärken könnte.
Ein weiterer Grund für die Starrheit der guatemaltekischen Regierung kann sein, daß man für Lateinamerika ein Exempel statuieren wollte. Vielleicht hofft man, die Guerilleros würden nach diesem Mißerfolg auf künftige Entführungen kapitalistischer Charaktermasken verzichten.
Der wichtigste Grund freilich dürfte darin liegen, daß der CIA, die US-Konzerne und die mit ihnen verbündeten Cliquen Lateinamerikas es sich nach ihrer Ansicht nicht leisten können, soviel Guerilleros freizulassen, von denen jeder einzelne eine Bedrohung für die Herrschaft des Kapitals darstellt.

Die "Staatspräsidenten kommen und gehen, die Konzerne bleiben bestehen": so wollen es die Herren

gerne. Aber der Kampf der antiimperialistischen Kräfte in aller Welt wird dafür sorgen, daß dies ein Wunsch bleibt.
Die Entführung von Diplomaten kann eine nützliche Funktion in den Etappen des revolutionären Kampfes haben. An dessen Ende aber werden die unterdrückten Völker nicht nur die Diplomaten, sondern auch die Militärs und Konzerne des Kapitals aus ihren Ländern hinausjagen.

Belagerte Stadt: Hannover

1 400 Bereitschaftspolizisten waren in den vergangenen Wochen in Hannover zusammengezogen, um mit einer brutalen Machtdemonstration die Interessen des Kapitals und der Stadtbürokratie zu schützen.
Sie besetzten Straßen und öffentliche Plätze, die wichtigsten Verkehrsknotenpunkte und städtischen Zentren, und Dutzende von Mannschaftswagen und Wasserwerfern, die in der Innenstadt von Hannover patroullierten, vervollständigten das Bild.

Unter dem Schutz dieser massierten Polizeitruppen annullierte die Stadtbürokratie die mit der Rot-Punkt-Aktion erkämpften Einheitstarife der Hannoverschen Strassenbahnen und erhöhte die Preise, die vor einem Jahr durch den solidarischen Kampf der Arbeiter und Studenten auf 50 Pfennige gesenkt worden waren, auf 60 Pfennig im Stadtverkehr und 80 Pfennig Großraumtarif.
Eine Monatskarte für Arbeiter kostet statt 2O DM jetzt 4O DM. Pro Tag kostet die Hin- und Rückfahrt ungefähr 1,9O DM. Das sind 3O Pfennig mehr, als wenn man zwei Einzelfahrscheine löst.

3000 Teilnehmer an der Kundgebung, die von Arbeitern und Studenten des "Aktionskomitees der sozialistischen Arbeiter-, Schüler- und Studentengruppen Hannovers" veranstaltet wurde, machten den Kapitalisten und der Stadtbürokratie klar, daß auch ein noch größeres Polizeiaufgebot sie nicht hindern würde, die im Juni 1969 erkämpften Erfolge zu verteidigen und neue Forderungen durchzusetzen.
Beibehaltung des Tarifs von 50 Pfennig als kurzfristige und "Zahlt die Fahrtkosten der Arbeiter aus Unternehmerprofiten", denn "Fahrtzeit ist unbezahlte Arbeitszeit", als langfristige Forderung, wurde vom Aktionskomitee als Ziel des Kampfes verkündet.
Am 19. März begannen 500 Demonstranten mit der Blockade des Verkehrs.

Massiver Schlagstockeinsatz der Polizei, die Verhaftung von mehr als 50 Demonstranten, wobei einzelne vor Zeugen brutal zusammengeschlagen und mit der Pistole bedroht wurden, zwang die Demonstranten nach Stunden zum Abbruch der Blockade.
Die entscheidende Erfahrung dieser Stunden war, daß, anders als im Juni 1969, die Solidarisierung breiter Teile der Hannoveraner Arbeiter und Angestellten ausblieb. Schuld daran war wohl auch die Furcht vor dem riesigen Polizeiaufgebot, entscheidender aber war die gewaltige Propagandakampagne, die vor der Erhöhung der Fahrpreise von der Stadtbürokratie und den Hannoverschen Tageszeitungen entfesselt worden war, um in den Köpfen der Hannoveraner Verwirrung zu stiften.

200 000 DM hatte die Stadtbürokratie für Meinungsumfragen ("Sitzen Sie in der Straßenbahn lieber links oder rechts?"), für Plakate, Broschüren, Flugblätter und Zeitungsanzeigen verpulvert, obwohl ihr Hauptargument gegen den Einheitstarif stets die unerträgliche finanzielle Belastung gewesen war.
200 000 DM, um den Arbeitern und Angestellten zu beweisen, daß 80 Pfennige für die Fahrt zum Arbeitsplatz besser sei als 50 Pfennige!
Die Gewerkschaften, deren radikales Aushängeschild Otto Brenner im letzten Jahr noch verkündet hatte: "1970 darf es keine Erhöhung bei den Nahverkehrstarifen geben", stimmte der Erhöhung zu.

Das Verfahren von Hannover reizt zur Nachahmung. Zundel, der die mit der Rote-Punkte-Aktion erzwungene Fahrpreissenkung der HSB als "größte Niederlage der Demokratie" bejammerte, wird die Ereignisse von Hannover aufmerksam verfolgt haben.

Nur Wachsamkeit der Arbeiter und Angestellten Heidelbergs kann verhindern, daß wir demnächst statt 8O Pfennigen 1 DM oder mehr für einen Fahrschein zahlen.

Betriebsratswahl im Max-Planck-Institut

Vor einigen Wochen haben im Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg die ersten Betriebsratswahlen stattgefunden. Die Belegschaft dieses Instituts (400 Leute) besteht etwa zu r Hälfte aus Wissenschaftlern und zur anderen Hälfte aus Mechanikern, Technikern, Verwaltungsangestellten usw. Mit 7 Plätzen im Betriebsrat ist eine Gruppe gewählt worden, die ein recht fortschrittliches Programm aufgestellt hatte.
Neben Forderungen, die etwa die den Institutsmitgliedern zustehenden sozialen Beihilfen betreffen, vertritt diese Mehrheitsgruppierung "Mitspracherecht und Einspruchsmöglichkeit (Vetorecht) für Untergebene bei der Einsetzung von Vorgesetzten und Ausübung ihrer Tätigkeit". Außerdem hat sich die Gruppe verpflichtet, auf Verlangen der Mehrheit der Betriebsversammlung zurückzutreten, und umgekehrt Aufträge , die die Betriebsversammlung ihnen erteilt, dann auch wirklich im Betriebsrat durchzuführen.

Es wird interessant sein, zu erfahren, was die Kollegen aus dem Max-Planck-Institut in einiger Zeit über ihre Erfahrungen zu berichten haben werden.

Wokan und Süßmuth saßen in einem Boot — Süßmuth ist schon ausgebootet

Ingrid-Hütte

Zwei Betriebe der Hohlglasindustrie haben in der letzten Zeit von sich reden gemacht. Der eine ist die "Süßmuth - Glashütte", wo es darum ging, ob die Belegschaft der Hütte den Betrieb als Genossenschaftshütte weiterführen kann, der andere die "Ingridhütte" in Euskirchen; über die katastrophalen Zustände in diesem Betrieb wurde Anfang März in der Fernsehsendung 'Panorama' berichtet.

Kurt Wokan, der jetzige Besitzer der 'Ingridhütte " übernahm den Betrieb 1956, kurz nachdem der vorherige Besitzer in Konkurs gegangen war und nachdem die Belegschaft die Hütte kollektiv weitergeführt hatte. Heute ist die "Ingridhütte" mit 500 Arbeitern einer der konkurrenzfähigsten Betriebe in der europäischen Hohlglasindustrie. Kurt Wokan führt seinen Erfolg auf Erhards Prinzip der 'Sozialen Marktwirtschaft' zurück. Er selbst sagt, "nur in der konsequenten Anwendung und Nutzung dieser wirtschaftspolitischen Prinzipien, sehe er die Grundlage für den Aufstieg der "Ingridhütte"".(S. ausführlicher Bericht in 'konkret' Nr. 6v. 9.3.70)

Das sieht im Betrieb so aus:
Wokan zahlt Hungerlöhne. Da er nicht Mitglied im Arbeitgeberverband ist, braucht er sich nicht an Tarifverträge zu halten. 2,30 DM brutto pro Stunde ist Spitzenlohn. Die Löhne kann er so niedrig halten, weil er immer wieder neue ausländische Arbeiter, meist Frauen, holt, die darauf angewiesen sind, überhaupt Arbeit zu bekommen. Dadurch zwingt er die Arbeiter, zahlreiche Überstunden zu machen, weil sie von ihrem Lohn sonst nicht leben können. Pro Überstunde zahlt Wokan dann 10 bis 20 Pfennig mehr, obwohl den Arbeitern tariflich 25% zustehen würden; das sind bei 2,3oDM 58 Pfennig.
Einzelnen innerhalb der verschieden Abteilungen zahlt er wesentlich mehr. Bis zu 6,- DM pro Stunde, für die gleiche Arbeit, damit sie ihre Kollegen zur schnelleren Arbeit antreiben und Wokan über alles informieren, was in der Abteilung geschieht. Oft kommt es zu Mißhandlungen, weil die Kollegen den Antreibern nicht schnell oder nicht gut genug arbeiten.

Um die Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu verhindern, hat sich Wokan ein besonderes Entlohnungssystem einfallen lassen. Wenn das geblasene Glas bei der Weiterverarbeitung(Schmelzen, Schleifen, Verpacken usw.), wo die Ausländer beschäftigt sind, irgendwie zu Bruch geht, dann trägt das nicht die Firma, sondern es wird den Glasbläsern von ihrem Akkordlohn abgezogen.

Um den Produktionsverlust und die Kosten durch Krankheitsfälle möglichst niedrig zu halten, hat Wokan eigens ein System ausgeklügelt. Fehlt ein Arbeiter auch nur einen Tag, wird sein Akkordlohn vom ganzen Monat um 20% gekürzt. Durch Aushänge am Schwarzen Brett wird der Duck auf die Arbeiter noch verstärkt: "... bitte ich alle in der Hütte, besonders am Ofen arbeitenden Mitarbeiter, sich zu überlegen, welcher Schaden der "Ingridhütte" entsteht, durch das Fehlen seiner geplanten Arbeitskraft. Ich bitte Sie daher, besonders darauf zu achten, sich auch außerhalb des Betriebes so zu verhalten, daß die häufigsten Krankheiten wie Übelkeit, Schwäche und Erkältungen durch eine entsprechende vernünftige und bedachte Lebensführung vermieden werden. Sie können dann gewiß sein, daß dies allen nur zum Vorteil gereichen wird.

gez. Kurt Wokan" (konkret)

Wokan hat in seinem Betrieb Betriebsratswahlen verboten. Er sieht auch nicht gern, daß "seine " Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Aber auch die, die Gewerkschaftsmitglieder sind, wagen es nicht, Betriebsratswahlen zu organisieren, nachdem Wokan vor ein paar Jahren Betriebsräte aus dem Betrieb feuerte, weil sie es wagten, sich ihm zu widersetzen. Wokan sieht das so:"Mein Partner ist unbedingt direkt der Arbeiter. ... Bei unserer Größenordnung ist es immer besser, wenn man den Kontakt zu den einzelnen Arbeitern haben kann und hat." Wokan weiß genau, daß der Einzelne machtlos gegen ihn ist und versucht deshalb, die Arbeiter voneinander zu isolieren und sie gegen einander auszuspielen. Deshalb verhindert er mit allen Mitteln jeden geringsten organisatorischen Ansatz der Arbeiter, wie im Verbot der Wahlen eines eigenen Betriebsrat. Arbeiter, die versuchten sich gegen Wokans Terror zu wehren, indem sie etwa vor dem Arbeitsgericht klagten, ließ er durch seine hauseigenen Schläger bedrohen.
Das sind aber nur eineige Methoden, mit denen Wokan dafür sorgt, daß "sein Laden läuft".
Prof. Erhard lobte bei einer Betriebsbesichtigung besonders das Betriebsklima:"Erst ein freundschaftliches, vertrauensvolles Verhältnis zwischen Unternehmensleitung und Mitarbeitern begründet die leistungsstarke Gemeinschaft".

Wokans Terror ist dort zu Ende, wo die Arbeiter organisiert handeln.

Im Sommer 1969 kaufte Wokan in Schneegattern in Oberösterreich eine Glashütte auf, um seine Produktion auszuweiten und noch mehr Profit zu machen. Als erstes teilte er dann den Betrieb, um das österreichische Gesetz zu umgehen, wonach auf 200 Arbeiter ein freigestellter Betriebsrat kommen muß. Als er sich dazu noch weigerte, bestehende Tarifverträge einzuhalten, kam es zu einem 20 minütigen Warnstreik. Prompt entließ Wokan 220 beteiligte Arbeiter, darunter auch schwangere Frauen, die nicht kündbar sind. Wokan war sehr erstaunt, daß ihm ein österreichisches Arbeitsgericht Unrecht gab und die fristlosen Entlassungen aufhob, und daß es ihm verbot, ausländische Arbeiter als "Streikbrecher" zu importieren. Wokan:" Auch in Deutschland gibt es so ein deppertes Gesetz, daß man Frauen fragen muß, ob sie schwanger sind, wenn man ihnen kündigen will."

Der Fernsehbericht am 2. März wirbelte soviel Staub auf, daß sich ein Bundestagsabgeordneter genötigt sah, eine

Anfrage im Bundestag zu stellen, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wolle, "eine der Menschenwürde nicht entsprechende Ausbeutung ...durch einzelne unsoziale Arbeitgeber zu verhindern. Nun, das Bundesarbeitsministerium erwägt eine Gesetzesänderung des Arbeitsförderungsgesetzes - falls die Bundesanstalt für Arbeit keine andere Möglichkeit sieht, Wokan dazu zu bringen, höhere Löhne zu zahlen, - das sicher eine "menschenwürdigere" Ausbeutung garantiert.

Die Ursache für Wokans Willkür ist nicht dort zu suchen, daß er nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbandes ist, oder daß er besonders "unsozial" sei, wie es der Bundestagsabgeordnete ausdrückte, sondern im Profitstreben, dem obersten Unternehmergrundsatz. In allen Betrieben gibt es ähnliche Vorfälle, oder werden ähnliche Methoden, vielleicht geschickter, praktiziert. Nur Wokan wendet sie häufiger und brutaler an. (Z.B. Entlassungen von unbequemen Betriebsräten unter fadenscheinigen Vorwänden(Grau, Schmitthelm, BASF);Unterbezahlung von ausländischen Arbeitern, Prämiensysteme die die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärfen, usw.)

Gegen Unternehmerwillkür helfen aber keine Anfragen im Bundestag und keine Gesetzesänderungen, sondern nur der solidarisohe Widerstand der Arbeiter und Angestellten!

Genossenschaftshütte Süßmuth

Die Protestdemonstration der Arbeiter der Süßmuth-Hütte

Die Belegschaft der Süßmuth - Glashütte in Immendingen, Kreis Hofgeismar, Nordhessen, wird den Betrieb selber übernehmen und als Genossenschaftshütte führen. Der bisherige Inhaber, Richard Süßmuth, hat am 24.3. den Vertrag unterschrieben. Wie kam es dazu?

Die Situation in der Süßmuth Glashütte

1946 baute der Schlesier Richard Süßmuth die Glashütte aus Steuergeldern auf. Im Mai vorigen Jahres erklärte sich das Hessische Wirtschaftministerium außerstande, ihm weitere öffentliche Gelder bereit zu stellen, da er früher gewährte Gelder, die zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Konsolidierung des Betriebs gedacht waren, benutzte, um ein Hotel zu bauen. Jetzt hat Süßmuth den Betrieb soweit heruntergewirtschaftet, daß ihm nur die Möglichkeit bleibt, Konkurs zu machen.

Die Belegschaft dagegen braucht Süßmuth nicht und ist fähig, das Unternehmen selber in die Hand zu nehmen. Das hat sie schon seit einem Jahr bewiesen, da durch ihre Anstrengung der Konkurs vermieden und die Produktivität gesteigert wurde. Mit Hilfe junger Wissenschaftler und der IG-Chemie arbeitete sie inzwischen Marktanalysen und Investitionspläne aus.

Der Plan einer Genossenschaftshütte sieht die Gründung einer GmbH & Co KG mit 5 - 10 Gesellschaftern vor, die von der Belegschaft gewählt werden. Sie sollen das Stammkapital von 20 000 DM treuhänderisch vertreten, das von allen gemeinsam in Sonderschichten zusammengebracht wird. Zwei Geschäftsführer, die für die laufenden Geschäfte verantwortlich sind, werden ebenfalls gewählt, und zwar für 4 Jahre. Der Betriebsrat hat weitgehende Mitbestimmungsrechte, z.B. bei Einstellungen und Entlassungen. Die Belegschaftsversammlung beschließt über alle entscheidenden Fragen, wie Investitionen und Gewinnausschüttung.

Schon im vergangenen Jahr wurden Verbesserungen für die Arbeiter durchgesetzt: Die unterschiedliche Akkordfestsetzung wurde aufgehoben wie auch die Regelung, daß pro Krankheitstag ein bestimmter Betrag vom Weihnachtsgeld abgezogen wurde. Der Arbeitsablauf wurde im Sinne der Arbeiter erleichtert und rationalisiert.

Darüber hinaus waren die Arbeiter bereit, Süßmuths Forderungen zu erfüllen. Sie lauteten zuletzt: Entlastung von allen Schulden, 3 000 DM monatliche Rente, freie Wohnung, Beibehaltung des Firmen - Mercedes, und 330 000 DM Abfindung für den Fall, daß die Hütte wieder die Gewinnzone erreicht.

Süßmuth hatte bereits am 9. Juli 1969 seine Einwilligung zur Überschreibung der Hütte auf die Belegschaft gegeben und sie bis Anfang März 1970 aufrecht erhalten. Dann versuchte er mit allen Mitteln, diesen Entschluß zurückzunehmen. Warum tat er das?

Klassenkampf von oben durch den Arbeitgeberverband der Glasindustrie.

Der Hauptgrund ist wohl darin zu suchen, daß sich der Arbeitgeberverband einschaltete, der bis dahin nicht eingegriffen hatte. Süßmuth führte am 11. März ein geheimes Gespräch mit dem Arbeitgeberverband der Glasindustrie. Am nächsten Tag verlangten die Arbeiter auf einer spontanen Belegschaftsversammlung Rechenschaft über dieses Gespräch. Sie wurde ihnen verweigert. Darauf veranstalteten sie eine Protestdemonstration, an der sich die ganze Belegschaft, ihre Familien und die Bevölkerung von Immendingen solidarisch beteiligten. Durch ihre Vertrauensleute ließen sie eine Erklärung abgeben. (s. Flugblatt S. 8) Darin wird Süßmuth als "Spielball des Vereins Glasindustrie" bezeichnet, die Leistung der Belegschaft unterstrichen und der Hessische Landtag aufgefordert, die Ausführungsgesetze zu dem Artikel der Hessischen Verfassung zu erlassen, der die Überführung von Eigentum in Gemeineigentum unter bestimmten Bedingungen vorsieht. (Frankfurter Rundschau vom 14.3.70)

Für die Arbeiter war es in der Tat sehr wichtig zu wissen, was für ein Osterei in diesem Gespräch ausgebrütet worden war. Der Arbeitgeberverband verschickte an die Mitglieder der Hauptgruppe Hohlglasindustrie ein internes Rundschreiben:

Sehr geehrte Herren,

wir sehen uns veranlaßt, Ihnen folgendes mitzuteilen: Anläßlich einer Besprechung im kleinen Kreis, die am 11. März 1970 in Frankfurt stattgefunden hat im Zusammenhang mit den Gerüchten, daß die Firma Richard Süßmuth in eine „Genossenschaftshütte" umgewandelt werden soll, erklärte Herr Richard Süßmuth, daß er nicht beabsichtige, auf seine Rechte als persönlich haftender Gesellschafter zu verzichten. Damit würde dieses Projekt nicht realisierbar sein.

Aufgrund dieser Situation sprechen wir die dringende Bitte an unsere Mitgliedsfirmen aus, keine Arbeitskräfte dieser Firma einzustellen und die Bestimmungen unseres „Abwerbungsbeschlusses" sorgfältig zu beachten. Sollten Sie im Zusammenhang hiermit nähere Auskünfte wünschen, so setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung. Selbstverständlich informieren wir Sie umgehend, falls eine neue Situation eintreten sollte. Wir hoffen, daß Sie für unser Anliegen Verständnis haben, wofür wir Ihnen verbindlichst danken.

Mit freundlichen Grüßen
Verein der Glasindustrie München
Hauptgeschäftsführer (gez.) Dr. Keylwerth

Damit sollten die Arbeiter gezwungen werden, bei der Hütte zu bleiben, obwohl sie nur noch den Konkurs vor Augen hatten und in absehbarer Zeit arbeitslos geworden wären. Die Interessen des Kapitals wurden geschützt. Diese Interessen bestehen aus der Sicht des Arbeitgeberverbandes darin, den Schein aufrecht zu erhalten, als ob nur durch die sogenannte freie Unternehmerinitiative Unternehmen in Gang gebracht und erhalten werden könnten. Deswegen sollte Süßmuth nicht auf seine Rechte als persönlich haftender Gesellschafter verzichten. Obwohl dieser Weg zum Konkurs führte, sah man sich gezwungen, das Märchen von der Unternehmerinitiative aufrecht zu erhalten, denn der Arbeitgeberverband wollte auf jeden Fall verhindern, daß die Arbeiter den Betrieb übernehmen.

Als der Kampf der Arbeiter sich als erfolgreich erwies, versuchte der Unternehmerverband durch ein Fernschreiben an die Presse sein Verhalten zu vertuschen. Klar wird dabei nur eins: daß er sich im Augenblick nur durch eine dicke Lüge zu helfen weiß.

Der Verein der Glasindustrie weist im übrigen die Unterstellung zurück, daß er sich in einem Rundschreiben dagegen gewandt habe, daß Mitgliedsfirmen Arbeitskräfte der Glashütte Süßmuth abwerben. Er habe lediglich seine Mitglieder von der Situation der Glashütte unterrichtet, um der akuten Gefahr vorzubeugen, daß der Betrieb durch Verlust seiner Arbeitskräfte vorzeitig zum Erliegen kommt.

Verein der Glasindustrie

Süßmuth sah plötzlich rot: "Ich als freier Unternehmer dulde es nicht, daß auf meinem Gelände ein VEB-West entsteht." "Hier ist ein Funke, der droht dann irgendwann überzuspringen, und dann ist das Feuer nicht mehr löschbar..." (konkret Nr. 7 v. 26.3.70).

Daß er überhaupt schließlich den Vertrag unterschrieb, liegt wohl nur daran, daß er eine Fabrikbesetzung, die schon in allen Einzelheiten von den Arbeitern für den nächsten Tag geplant war, verhüten wollte.

Die Rolle der Gewerkschaften

Die IG-Chemie wollte hier einen Modellfall für die Mitbestimmung durchsetzen. Sie unterstützte den Plan der Belegschaft mit ihren Mitteln, um zu zeigen, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Partner neben dem Kapital stehen können.

Sobald der Unternehmerverband eingriff, zog sie sich zurück und wollte das Projekt fallenlassen. Fabian (Bezirksleiter der IG-Chemie Hessen): "Der Fall ist erledigt" (F. R. v. 12.3.70). An diesem Verhalten zeigt sich deutlich, daß die IG-Chemie nur an ihrem Mitbestimmungsprojekt interessiert war und nicht die dringenden Interessen der Arbeiter vertrat.

Was haben die Arbeiter erreicht?

Nachdem der Unternehmerverband zum Boykott der Ware Arbeitskraft aufgerufen hatte, War für die Arbeiter der einzige Weg, ihre Existenz zu sichern, die Übernahme des Betriebs. Ihre Lage wäre auch ohne die Schwarze Liste schon schwierig genug gewesen, da 60% der Belegschaft über 50 Jahre alt sind. Durch ihre solidarischen Kampfmaßnahmen erreichten sie zwei wichtige Dinge, die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und die Erhaltung von Gebrauchsgütern.

Erst durch ihre spontanen solidarischen Maßnahmen haben sie ihre Gewerkschaft dazu gebracht, ihre Forderungen zu vertreten und wenigstens die gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen: Die IG-Chemie wird jetzt gegen den Arbeitgeberverband der Glasindustrie klagen wegen Verletzung des Grundgesetzes (Artikel 12 garantiert die freie Wahl des Arbeitsplatzes).

Daß Süßmuth als persönlich haftender Einzelunternehmer abgelöst wurde, ist ein wichtiger Schritt, wenn man sich die Lage in der Glasindustrie überhaupt vor Augen hält. In dieser Branche gibt es nur kleine Betriebe, die patriarchalisch geleitet werden. Süßmuth wurde gezwungen, seinen "Herr im Hause" Standpunkt aufzugeben. Statt dessen wird der Betrieb jetzt kollektiv geleitet.

Das bedeutet aber nicht, daß dieser Betrieb nicht mehr kapitalistisch geführt werden müßte oder daß die Belegschaft bei ihrer Planung sich nicht mehr an die kapitalistischen Marktgesetze halten müßte. Sie muß weiterhin Investitionen, Produktivitätsentfaltung, Löhne danach planen, daß sie innerhalb der Hohlglasbranche konkurrenzfähig bleibt. Die Bedingungen sind schwierig, da sie es z.B. mit Wokans "Ingridhütte" zu tun hat, die durch sehr niedrige Löhne hohe Profite machen kann.

Die Belegschaft der Süßmuth - Hütte kann erst dann nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen planen, wenn die Arbeiter die Unternehmerfreunde Süßmuths davongejagt haben. Dann werden sie nicht mehr möglichst hohen Profit erarbeiten müssen, um gegenüber anderen kapitalistischen Unternehmen konkurrenzfähig zu bleiben. Erst wenn die Ausbeutung und die Aneignung des Profits durch die winzige Minderheit der Kapitalisten abgeschafft ist, dann werden sich nicht mehr einzelne Unternehmen bekämpfen, sondern es wird möglich sein, die gesellschaftliche Entwicklung bewußt zu planen und weiterzuführen.

H a m m e r o d e r A m b o s s ? ? ?

Sollen 280 Arbeiterexistenzen dem Unternehmerstarrsinn geopfert werden?
Dieses Schicksal droht den Kolleginnen und Kollegen der Immenhäuser Glashütte!

1 9 4 6: Die Glashütte Süßmuth wird aufgebaut. W e r g i b t w a s ?
- Der Unternehmer Richard Süßmuth seinen N a m e n und I d e e n,
- das Land Hessen S t e u e r g e l d e r,
- die Arbeiter ihr Fachwissen und ihre A r b e i t s k r a f t

bis
1 9 6 0: Schneller Aufstieg und sichere Marktposition.

bis
1 9 6 8: Trotz anhaltend guter Marktlage langsamer aber stetiger wirtschaftlicher Rückgang. W a r u m ?

Unternehmerische Fehlleistungen	und ihre Folgen:
Unterlassung notwendiger technischer Ergänzungen und Verbesserungen,	Stagnation der Aufwärtsentwicklung,
autoritären Führungsstil,	schlechtes Betriebsklima,
Mißachtung der Arbeitervorschläge,	Abwanderung von Arbeitskräften,
mangelnde Anpassung an die Marktlage.	zunehmende Ausschußquote,
	ab 1965 rote Zahlen in der Bilanz.

1 9 6 8: Der Unternehmer beruft einen vom Wirtschaftsministerium empfohlenen Unternehmensberater. Dieser bestätigt die Warnungen der Arbeitervertreter und deckt den drohenden Konkurs auf.

1 9 6 9: D i e S t u n d e d e r W a h r h e i t !
Öffentliche Geldgeber erklären Süßmuth für kreditunwürdig -
Private Käufer scheuen nach Kenntnis der Fakten das Risiko -
Sanierung wird von neuer Unternehmensleitung abhängig gemacht -
Betriebsversammlung vom 18.6. fordert Arbeiterselbstverwaltung -
Süßmuth ist mit seinem Latein am Ende und stellt schriftlich die Überleitung des Betriebes in eine Genossenschaftshütte in Aussicht.

Jetzt nehmen die Kollegen unseres Betriebes das Heft in die Hand.
Unsere technischen und organisatorischen Sofortmaßnahmen haben Erfolg:
- der Ausschuß wird rapid vermindert,
- die Produktion 1. Wahl steigt um 20 %
- neue Formen werden in die Kollektion gebracht,
- die Frankfurter Frühjahrsmesse 1970 ist ein voller Erfolg,
- die roten Zahlen verschwinden.

A b e r: Die Erfolge der improvisierten Maßnahmen können nur dann erhalten und gesteigert werden, wenn wir die uns zur Verfügung gestellten Sanierungsmittel umgehend zur Erneuerung der Öfen und Durchführung dringend erforderlicher Reparaturen der abgewirtschafteten Betriebseinrichtung verwenden könnten.
Jetzt braucht die A r b e i t e r i n i t i a t i v e g r ü n e s L i c h t !
Aber was tut Süßmuth? Steht er zu seinem gegebenen Wort?
Unter dem Druck des Unternehmerverbandes verweigert er die Betriebsübergabe.
Wann merkt Süßmuth endlich, daß er ein Spielball seiner Standesgenossen ist?
Sie wollen nur das Genossenschaftsmodell zerschlagen, ihn in den Konkurs treiben und sich billig die Immenhäuser Facharbeiter einverleiben.

Wir garantieren Herrn Süßmuth mehr als die Bankrotthyänen. Statt der Sozialfürsorge bieten wir ihm und seiner Frau 2.000,-- DM mtl. Leibrente und weitere Vergünstigungen.

Meint Ihr, unser Schicksal sei ein Einzelfall? Was war mit den Firmen Credé und Kadruf? Was tut sich in der Firma Salzmann? Ist das Schicksal der Großen Schlieker und Borgward schon vergessen? Müssen wir uns immer der Unternehmerwillkür beugen? Heute will man uns verhökern, und morgen wen?

W I R W O L L E N U N S E R S C H I C K S A L S E L B S T I N D I E H A N D N E H M E N !
W I R W O L L E N N I C H T L Ä N G E R A M B O S S S E I N !

H E L F T U N S D E N H A M M E R S C H W I N G E N !

Verantwortlich: Die Vertrauensleute der Glashütte Süßmuth, i.A. Rudi Bilo